

NIEDERSCHRIFT HFA/0039/2019

über die Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** am 12.11.2019 im Kultursaal
der **Alten Landwirtschaftsschule**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Herr Matthias Ahlers
Herr Marco Lennertz
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Franz-Josef Schulze
Thier

Herr Thomas Tauber
Herr Winfried Heymanns

Vertretung für Herrn
Carsten Rampe
Vertretung für Frau
Margarete Köhler

Herr Thomas Walbaum

Frau Maggie Rawe
Herr Ulrich Schlieker

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW:

Herr Hubert Töllers

Von der Verwaltung:

Frau Marion Lammers
Herr Hubertus Messing
Herr Gerd Mollenhauer
Herr Martin Struffert
Frau Michaela Besecke
Herr Marcel Wissing
Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:10 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.
Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2020 sowie Finanzplanung und Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2023

Frau Lammers geht auf die Eckdaten des Haushaltsplanes ein und erläutert die einzelnen Positionen der der Sitzungsvorlage beigefügten Änderungsliste.

Des Weiteren präsentiert sie einen Vergleich der Erträge und Aufwendungen der Planung 2020 in 2019 zum Ansatz 2020 (**siehe Anlage 1** zur Niederschrift im Ratsinformationssystem).

Frau Dirks weist darauf hin, dass verwaltungsseitig noch Vorschläge zum Klimaschutzkonzept und zum Wirtschaftswegekonzept vorgelegt würden und diese Ansätze in die Änderungsliste aufgenommen werden müssen.

Herr Mollenhauer ergänzt, dass der Bezirksausschuss in seiner letzten Sitzung eine Sondersitzung am 27.11.2019 ins Auge gefasst habe, in der dann die unter Berücksichtigung des Wirtschaftswegekonzeptes erstellte neue Prioritätenliste beraten und beschlossen werden soll. Die Ansätze für den Ausbau der Wirtschaftswege müssten allerdings in die Änderungsliste eingestellt werden, die bereits am 26.11.2019 im HFA im Rahmen der Haushaltsplanberatungen beraten werde. Er gehe aber davon aus, dass verwaltungsseitig ein von allen tragbarer Vorschlag vorgelegt werde.

Herr Tauber bittet darum, zur SPD-Fraktionssitzung, die einen Tag vor der HFA-Sitzung stattfindet, die Finanzierungsvorschläge übermittelt zu bekommen. Ihm sei daran gelegen, dass die Bewohner im Außenbereich, die an den Ausbaurkosten der Wirtschaftswege beteiligt wurden und werden, nicht schlechter gestellt werden. Und auch die Bürger im Innenstadtbereich, die zu Beiträgen für Straßenbaumaßnahmen herangezogen wurden, dürften nicht schlechter gestellt werden.

Frau Dirks sagt zu, entsprechende Vorschläge unter Berücksichtigung der Gleichbehandlung aller Bürger rechtzeitig zur Fraktionssitzung vorzulegen.

Frau Rawe erkundigt sich, ob das Mobilitätskonzept Folgekosten verursachen werde und ob der Verwaltung Teile des Konzeptes bereits bekannt seien. Wenn das Konzept vorgelegt werde, müsse es auch umgesetzt werden können.

Frau Dirks teilt mit, dass bislang noch keine Kosten benannt werden können. Die Planersocietät in Dortmund sei mit der Erstellung des Mobilitätskonzeptes beauftragt, Ergebnisse seien im Laufe des nächsten Jahres zu erwarten.

Frau Rawe erkundigt sich, ob es auch Mitfahrbänke wie in Rosendahl geben soll.

Hierüber werde eher nicht nachgedacht so Herr Messing. Es gehe eher um die digitale Vernetzung und Ausdehnung der Bürgerbusfahrten auch

am Wochenende sowie die letzte Meile im ÖPNV vom Bahnhof zur Arbeitsstätte.

Frau Dirks ergänzt, dass eine Vernetzung mit der Schülerbeförderung und das Car-Sharing ebenfalls Themen seien.

Frau Rawe erkundigt sich weiter nach dem Sachstand zur Digitalisierung an den Schulen.

Herr Messing erläutert, dass die Schulen zunächst ein Konzept aufstellen müssen, um Fördermittel aus dem Digitalpakt des Bundes beantragen zu können. Die Verwaltung befinde sich im Austausch mit den Schulen. Das Konzept für die Grundschule sei noch in diesem Jahr angekündigt. Anders als in anderen Kommunen sei aber die nötige Infrastruktur wie z. B. WLAN, Router und Präsentationsmöglichkeiten bereits vorhanden. Der Großteil der Tablets solle in 2021 angeschafft werden. Für die digitalen Endgeräte dürfe jede Schule jährlich 25.000,-- € ausgeben.

Nachdem keine weiteren Fragen mehr gestellt werden, verweist die Bürgermeisterin auf die zweite Haushaltsplanberatung in der nächsten HFA-Sitzung.

2. Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 13.06.2019 hier: Maßnahmen zur Erhaltung der Artenvielfalt

Frau Dirks verweist auf die Vorberatungen im Bezirksausschuss und im Ausschuss für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten und teilt mit, dass die vorgeschlagene Staudengeschenk-Börse bereits grob vorbesprochen wurde. Diese könnte am 8. Mai 2020 im Rahmen des Wochenmarktes unter Einbeziehung des Johanniskirchplatzes stattfinden. Geplant sei auch, Unternehmen anzusprechen, ob sie an diesem Tag Gehölze zu einem günstigen Preis anbieten.

Beschluss:

Den in der Sitzungsvorlage dargelegten Vorschlägen der Verwaltung, die Bauherren u. a. über Flyer und ausführliche Gespräche und Beratung zu informieren wird gefolgt. Zusätzlich wird ein Passus in die Kaufverträge aufgenommen, dass die Gestaltung und Bepflanzung der Grundstücke ökologisch sinnvoll erfolgen soll.

Es wird eine Staudengeschenk-Börse in 2020 durchgeführt.

Stimmabgabe: einstimmig

3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. Juni 2019

hier: Klimanotstand - Klimaschutzkonzept-Klimafolgen-Anpassung

Nach kurzer Erörterung über die im Stellenplan 2020 zu berücksichtigende zusätzliche Stelle eines Klimaschutzmanagers, die mit 65% gefördert wird und zunächst auf 2 Jahre befristet ist, fasst der Ausschuss folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die Stadt Billerbeck erstellt ein Klimaschutzkonzept, um die bisherigen erfolgreichen Schritte aufzuzeigen und weitere Maßnahmen zu planen. Dazu werden die erforderlichen Haushaltsmittel im Haushalt 2020 bereitgestellt. Ebenso ist eine personelle Verstärkung über die Ausweitung des Stellenplanes um eine Stelle vorzusehen.

Der Rat der Stadt Billerbeck ist der Auffassung, dass auch ohne ein formelles Klimaschutzkonzept und personelle Unterstützung in den letzten zehn Jahren große Schritte vor allem für die Vermeidung von CO² gegangen worden sind. Die erheblichen Investitionen in die energetische Sanierung und die Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen und Sonnenenergie tragen dazu bei. Durch die positive Planung für Windenergie, Freiflächen-Solaranlage und Biogasanlage wurde dazu beigetragen, dass Billerbeck bei der Stromproduktion aus regenerativen Energien kreisweit weit vorne liegt.

Stimmabgabe: einstimmig

4. Öffentlich-rechtliche-Vereinbarung über die Übertragung der Entscheidungen über beantragte Befreiungen bei genehmigungsfreien Bauvorhaben nach Bauordnung Nordrhein-Westfalen (BauONRW)

Frau Besecke erläutert die Ausführungen in der Sitzungsvorlage.

Der HFA fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Dem Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Billerbeck und dem Kreis Coesfeld für die Übertragung der Aufgabe zur Entscheidung über Befreiungen bei genehmigungsfreien Bauvorhaben nach § 69 Abs. 3 BauONRW 2018 wird zugestimmt.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Mitteilungen

5.1. Behindertenparkplätze bei Dahl und vor dem Rathaus - Herr Messing

Herr Messing bezieht sich auf den Hinweis von Herrn Wieland in der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses am 01.10.2019, wonach die Schilder an den Behindertenparkplätzen so angebracht seien, dass dort nicht vernünftig ein- und ausgestiegen werden könne und teilt hierzu mit, dass der im Weg stehende Pfosten versetzt wurde.

5.2. Ampelanlage Holthäuser Straße - Herr Messing

Zur Nachfrage von Herrn Brockamp in der Sitzung des Rates am 10.10.2019, ob die Ampelanlage Holthäuser Straße nachts ausgeschaltet werden könne, teilt Herr Messing mit, dass der zuständige Mitarbeiter des

Landesbetriebes mitgeteilt habe, dass aufgrund von Untersuchungen für alle Signalanlagen des Landesbetriebes Straßen NRW beschlossen worden sei, dass die Anlagen nicht mehr abgeschaltet werden, auch nicht nachts an wenig befahrenen Straßen. Diese Entscheidung sei aus Sicherheitsgründen so gefasst worden und gelte für alle Anlagen einheitlich. Des Weiteren entstünden aufgrund der neuen LED-Technik auch längst nicht mehr so hohe Energiekosten.

5.3. Fairtrade-tower - Herr Struffert

Herr Struffert berichtet, dass der Titel „Fairtrade-Tower“ für Billerbeck um weitere 2 Jahre verlängert worden sei. Eine Urkunde werde noch ausgehändigt.

6. Anfragen

6.1. Mülltonnen bei Rossmann - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer bemängelt den unschönen Anblick auf 23 Mülltonnen, die auf dem freien Platz zwischen dem neuen Drogeriemarkt und dem Rathaus an der Kurzen Straße abgestellt sind. Das sei ein Schandfleck. Frau Besecke weist darauf hin, dass das Problem bekannt sei. Die Baumaßnahme sei aber noch nicht abgeschlossen. Die Mülltonnen würden noch eingehaust, das könne aber erst nach einem Austausch der Fenster im Obergeschoss passieren, weil dort Leitern angestellt werden müssen. Die Fluchtwege müssten solange frei bleiben, bis das geändert ist.

6.2. Kenntnis des Wohnsitzes bei Befangenheit - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer bringt ihre Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass die Bürgermeisterin lt. Zeitungsberichterstattung über die Befangenheit von Herrn Lennertz nicht wisse, wo Herr Lennertz wohne. Als Fraktionsvorsitzender der CDU sei Herr Lennertz schließlich kein Unbekannter und außerdem wohne er seit 10 Jahren in Billerbeck.

Frau Dirks antwortet, dass sie persönlich nicht jede genaue Anschrift aller Ratsmitglieder und sachkundigen Bürger im Kopf habe. Natürlich wisse sie in welchem Bereich Herr Lennertz wohne, sie habe aber keine Kenntnis bzgl. der genauen Hausnummer und der Lage des Grundstückes.